

## Personalentwicklung – eine Daueraufgabe

Die Notwendigkeit ist unstrittig – der Weg steinig: Auch die Kommunalpolitik braucht eine nachhaltige Personalentwicklung. Dabei geht es neben der notwendigen Qualifizierung der ehrenamtlichen Mandatsträger gleichermaßen darum, interessierte Menschen zur Übernahme eines kommunalpolitischen Mandats zu gewinnen. Die NRWSPD hat dazu das Projekt PEP ins Leben gerufen, zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt und damit in vielen Gliederungen der SPD Diskussionen ausgelöst.

Neben der Ebene der ehrenamtlichen Kommunalpolitik steht der Versuch, mit einer kommunalen Personalbörse qualifiziertes Personal für Spitzenfunktionen zu finden und zu fördern. Die kommunale Personalbörse der SGK ist einer der Bausteine dieser Entwicklung. Strenge Vertraulichkeit ist ein Kernbestandteil dieses Projektes.

In der Personalbörse werden Kommunalpolitiker und Verwaltungsfachleute geführt, die sich für neue berufliche Herausforderungen zur Verfügung stellen, sei es in der Verwaltung oder für ein Amt als Wahlbeamter.

Die Personalbörse ist natürlich nur so gut, wie es die Bereitschaft geeigneter Persönlichkeiten zulässt, sich in ihr „registrieren“ zu lassen. Die SGK betreibt mit der Personalbörse natürlich keine Stellenvermittlung im klassischen Sinne. Vielmehr geht es darum, Fraktionen und Partei Hilfestellungen für die Besetzung von wichtigen Positionen zu geben und geeigneten Kandidaten Chancen für eine berufliche Weiterentwicklung zu eröffnen.

Wer sich für die Personalbörse interessiert, kann sich gerne an die SGK wenden. Vertraulichkeit ist zugesichert.

Kontakt: SGK NRW, Bernhard Doldrup, 0211-876747-0

## Peter Vennemeyer zum Bürgermeister gewählt

Nachdem der bisherige, der CDU angehörende Bürgermeister der Stadt Greven zum Landrat des Kreises Warendorf gewählt worden war, musste die Bevölkerung am 11. März 2007 einen Nachfolger wählen. SPD-Kandidat war Peter Vennemeyer, Vorsitzender der SPD-Fraktion in Greven. Da in dieser Wahl keiner der vier Kandidaten die absolute Mehrheit der Wählerstimmen erreichte, war am 25. März eine Stichwahl erforderlich zwischen Peter Vennemeyer und dem CDU-Kandidaten Jörg Hußmann, Bürgermeister in Selm. Hierbei setzte sich Peter Vennemeyer, der am 11. März noch knapp hinter seinem Gegenkandidaten gelegen hatte, deutlich mit 59,2% der Wählerstimmen durch. Bei leichtem Rückgang der Wahlbeteiligung von 44,1% im ersten Wahlgang auf 41,1% bei der Stichwahl erzielte Peter Vennemeyer hierbei ab-



solut gesehen erheblich mehr Stimmen als der bestplatzierte Bewerber im ersten Wahlgang. Dies ist ein weiteres Argument gegen die von der schwarz-gelben Koalition im Düsseldorfer Landtag geplante Abschaffung der Stichwahl. Das erfreuliche Ergebnis aus Greven widerlegt nämlich die Argumentation, dass ein in der Stichwahl gewählter Bürgermeister wegen des Rückgangs der Wahlbeteiligung in der Regel weniger Stimmen erhalte als der im ersten Wahlgang an führender Stelle liegende Bewerber, was zu einer geringeren demokratischen Legitimation als Ergebnis der Stichwahl führe. Bestätigt hat die schwache Wahlbeteiligung in Greven lediglich die Befürchtung vieler Kommunalpolitiker, dass eine Abkopplung der Bürgermeisterwahl vom Tag der allgemeinen Kommunalwahl insgesamt eine schwächere Wahlbeteiligung zur Folge habe.

## Ab in die Mitte in Bad Salzuflen: Ideen und Impulse

Zum zweiten Mal nach 2006 hat Bad Salzuflen in diesem Jahr einen der begehrten Förderpreise der Landesinitiative „Ab in die Mitte! Die City-Offensive NRW“ gewonnen.

Bereits im Rahmen von „Ab in die Mitte 2006!“ beschäftigte sich Bad Salzuflen mit einer aktuellen demografischen Herausfor-

schung. In diesem Jahr thematisiert „Ab in die Mitte!“ mit dem Motto „Jung und Alt – starkes Potenzial für die Städte“ den demografischen Wandel und die Auswirkungen auf die Kommunen. Dabei ergibt sich in Bad Salzuflen schon jetzt eine demografische Situation, die in vielen anderen Gemeinden erst zukünftig zu erwarten ist: Bad Salzuflen hat den zweithöchsten Altersdurchschnitt in



derung: „BUNT – Eine Stadt zeigt Flagge!“ schrieb sich die kulturelle Vielfalt und die Integration der über 100 verschiedenen Nationalitäten in der Kurstadt auf die Fahnen. Das Ziel des Projektes bestand darin, das nationen- und generationenübergreifende Zusammenleben innerhalb der Stadt zu erproben, zu verfestigen und auszubauen. Ein wichtiger Entwicklungsprozess in Bad Salzuflen, der durch Veranstaltungen und Aktionen in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden sollte. Über 50 Akteure aus der Bürgerschaft und dem Handel konnten unter der Gesamtleitung des Kultur- und Stadtmarketingbüros der Stadt Bad Salzuflen in die Realisierung des Projektes „BUNT – Eine Stadt zeigt Flagge!“ eingebunden werden. Gruppen, Vereine und Einzelhändler wurden zusammengeführt, neue Impulse und Anstöße für die Zukunft sowie Kooperationen und Netzwerke entstanden. Auch der wichtige Dialog zwischen den Bad Salzufler Bürgern mit Migrationshintergrund und den deut-

Über 50 Bad Salzufler Bürger verschiedener Nationalitäten auf einem Plakat porträtiert – auch Eberhard Gebauer (Kaufhof Warenhaus AG) und Dr. Wolfgang Honsdorf (Bürgermeister Bad Salzuflen) waren von diesem Projekt begeistert.

NRW, das Durchschnittsalter wird weiter steigen. Das städtische Projekt „Generationenzauber“ ist eine Kampagne, die mit vielfältigen Aktionen und Plattformen das bürgerschaftliche Engagement, die Partizipation sowie die Interaktion zwischen den Bürgerinnen und Bürgern aller Altersgruppen in Bad Salzuflen fördert. Mit der Initiative „Generationenzauber“ besteht die Möglichkeit, neue Schritte in der Entwicklung Bad Salzuflens hin zu einer „Stadt der Zukunft“ – also zu einer bewohnten, familienfreundlichen und generationengerechten Stadt – einzuleiten. Das Projekt zeigt auf, wie Jung und Alt sich aktiv an der Gestaltung des Lebensumfeldes der Stadt (z.B. in den Bereichen Einzelhandel, Stadtgestaltung, Kultur) beteiligen und wie Erfahrungen und Potenziale der älteren Generationen genutzt werden können.

## Perspektiven für Langzeitarbeitslose

### Auf kommunaler Ebene zum Schrittmacher werden

[www.werkstatt-im-kreis-unna.de](http://www.werkstatt-im-kreis-unna.de)

Die SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna setzt sich für ein umfangreiches Angebot von Beschäftigungsangeboten für Menschen ein, die auf absehbare Zeit auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Perspektiven mehr finden. Die Anfang März vom Kreistag auf SPD-Initiative beschlossene Pilotmaßnahme mit zunächst 100 Plätzen soll einen ersten Einstieg bieten.



Heinz Steffen, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Unna

und Düsseldorf will die SPD aber nicht warten, sondern auf kommunaler Ebene zum Schrittmacher werden. Sie fordert die Städte und Gemeinden an Ruhr und Lippe auf, gemeinsam mit dem Kreis Unna Gelder für modellhafte Beschäftigungsprojekte locker zu machen. Sie sollen vor allem in Bereichen entstehen, die nicht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen. Entsprechende Beschäftigungsmaßnahmen könnten unter anderem in der Natur- und Umweltpflege, im Vereinswesen und in der Sozialarbeit angeboten werden.

Der Hintergrund der Initiative: Langzeitarbeitslosigkeit – gepaart mit anderen Handicaps wie fehlenden Schul- und Berufsabschlüssen, Krankheit oder Behinderungen – führt inzwischen auch bei tausenden Menschen im Kreis Unna dazu, dass sie kaum noch Aussichten auf eine reguläre Beschäftigung haben. Noch schlimmer: Manche Familie steckt inzwischen schon mit mehreren Gene-

rationen in diesem Teufelskreis. Ausdrücklich lobte die SPD-Kreistagsfraktion in diesem Zusammenhang das Engagement der „Werkstatt im Kreis Unna“ GmbH: Seit zwanzig Jahren baut sie mit einem Bündel von Maßnahmen Brücken zum Arbeitsmarkt – beginnend von Trainingsmaßnahmen in den Schulen über Berufsberatung und Berufsbildung bis hin zu Transfergesellschaften. Sie unterbreitet derzeit 4.000 Menschen im Raum Kreis Unna/Dortmund entsprechende Angebote und arbeitet inzwischen als Dienstleister für rund tausend Unternehmen in der Region. Zugleich ist sie mit 150 Plätzen einer der größten Ausbilder im weiten Umkreis.

Zunehmend stellt auch die „Werkstatt“ fest, dass gerade eine mangelhafte Bildung jeden Einstieg in den Arbeitsmarkt verbaut. Dazu drei Zahlen: 24 Prozent der Langzeitarbeitslosen verfügen über keinen Schulabschluss, 52 Prozent haben die Hauptschule besucht, 56 Prozent stehen ohne Berufsausbildung da, so „Werkstatt“-Geschäftsführer Herbert Dörmann. Ein-Euro-Jobs können ihnen nicht wirklich weiter helfen, so die Überzeugung der Sozialdemokraten im Kreis Unna. Um die Betroffenen wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen, müsse ein sozialer Arbeitsmarkt aufgebaut werden.

„Wir sind der festen Überzeugung, dass das Recht auf Beschäftigung ein Grundrecht ist, weil es unmittelbar mit der Menschenwürde verknüpft ist“, formuliert Fraktionschef Heinz Steffen. Die SPD-Fraktion fordert Bund und Land auf, „endlich aktiv zu werden, Langzeitarbeitslosigkeit nicht länger nur zu verwalten und die Betroffenen aus der staatlichen Alimentierung und damit aus einer schlimmen Entmündigung herauszuholen“. Auf die Entscheidungen aus Berlin

Der Hintergrund der Initiative: Langzeitarbeitslosigkeit – gepaart mit anderen Handicaps wie fehlenden Schul- und Berufsabschlüssen, Krankheit oder Behinderungen – führt inzwischen auch bei tausenden Menschen im Kreis Unna dazu, dass sie kaum noch Aussichten auf eine reguläre Beschäftigung haben. Noch schlimmer: Manche Familie steckt inzwischen schon mit mehreren Gene-

